

**1 (Bemerkungen im Klammern signalisieren: noch offene Fragen der Finanzierung und der
2 Zuständigkeit):**

3 Digitale Agenda für Deutschland 2013-2017: Chancen für eine starke

4 Wirtschaft, gerechte Bildung und ein freies und sicheres Internet

5 Die Bundesregierung wird für das Handeln aller Ressorts eine gemeinsame digitale
6 Agenda 2013-2017 beschließen und ihre Umsetzung gemeinsam mit Wirtschaft,
7 Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft begleiten. Auf unsere digitale
8 Agenda setzen wir folgende Schwerpunkte:

9

10 Schnelles und neutrales Internet für alle

11 Die Grundlage für eine digitale Gesellschaft und damit Daseinsvorsorge ist der
12 Zugang zu schnellem und neutralem Internet für alle. [Deshalb setzt sich die
13 Bundesregierung im Rahmen einer **Breitbandoffensive** [bei Wirtschaft konsentiert]
14 verstärkt für die digitale Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und Regionen ein.
15 Bundesweit sollen bis zum Jahr 2018 flächendeckend Internetzugänge mit 50 Mbit/s
16 verfügbar sein. – auch AG Wirtschaft]

17 [Der Erhalt des **offenen und freien Internets**, Sicherung von Teilhabe,
18 Meinungsvielfalt, Innovation und fairer Wettbewerb sind zentrale Ziel der Digitalen
19 Agenda der Bundesregierung. Der diskriminierungsfreie Transport aller Datenpakete
20 im Internet ist die Grundlage dafür. Dabei ist insbesondere auch sicher zu stellen,
21 dass Provider ihre eigenen inhaltlichen Angebote und Partnerangebote nicht durch
22 höhere Datenvolumen oder schnellere Übertragungsgeschwindigkeit im Wettbewerb
23 bevorzugen. Neutralität ist auch von Suchmaschinen zu verlangen, die sicherstellen
24 müssen, dass alle Angebote diskriminierungsfrei aufzufinden sind.

25 Deep Packet Inspection (DPI) zur Diskriminierung von Diensten oder Überwachung
26 der Nutzerinnen und Nutzern werden wir gesetzlich untersagen.

27 Die Gewährleistung von Netzneutralität wird als eines der Regulierungsziele im
28 Telekommunikationsgesetz verbindlich verankert werden. Mobilfunkanbieter müssen
29 Internettelefonie ggf. gegen separates Entgelt ermöglichen. Die Bundesnetzagentur
30 wird ermächtigt und technisch sowie personell in die Lage versetzt, die Einhaltung
31 dieses Ziels zu überwachen. [Umschichtung beim BMWi]

32 Das so genannte Best-Effort-Internet wird in seiner Qualität weiterentwickelt und darf
33 nicht von einer Vielzahl von „Managed Services“ verdrängt werden. –auch AG
34 Wirtschaft] Die Bundesregierung wird sich auch auf europäischer Ebene für die
35 gesetzliche Verankerung von Netzneutralität einsetzen. Netzwerkmanagement muss
36 dabei dort möglich sein, wo es technisch geboten ist.

37 Die Potenziale von WLAN als Zugang zum Internet im öffentlichen Raum müssen
38 ausgeschöpft werden. Die **Schaffung von Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber**
39 ist dringend geboten. Der Auf- und Ausbau von öffentlichem WLAN soll gefördert
40 [und mit einer Klarstellung der Haftungsregelungen (Analog zu Access Providern)
41 Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber geschaffen werden.] Gleichzeitig werden wir
42 die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Gefahren solcher Netze für sensible
43 Daten aufklären.

44 [Ziel ist darüber hinaus die Etablierung heterogener, frei vernetzter und lokaler
45 Communities und ihrer Infrastrukturen. Durch die Förderung dieser sowie von Ad46
46 hoc-Netzwerken im Rahmen der F&E-Strategie [Umschichtung beim BMBF] sollen
47 lokale, dezentrale Netzwerke unterstützt werden, die eine komplementäre
48 Infrastruktur für einen fest definierten Nutzerkreis umfassen.]

49

50

51

52 **Digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa**

53 Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD wird eine **IKT-Strategie für die**
54 **digitale Wirtschaft auf den Weg bringen.** [Es gibt bereits ein Programm IT55
56 Sicherheit beim BMBF mit 26 Mio. Ansatz. Soll aufwachsen nach der mittelfristigen
57 Planung 2015 auf 32 Mio., Erhöhung um 10 Mio. notwendig.] Um den globalen und
58 sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen, fördern wir die deutsche und
59 europäische IKT-Industrie durch eine Verbesserung der entsprechenden

60 Rahmenbedingungen und den **Abbau von Bürokratie.**
61 Die Bundesregierung wird die Digitalisierung der klassischen Industrie mit dem
62 Zukunftsprojekt **Industrie 4.0** vorantreiben und im nächsten Schritt um intelligente
63 Dienstleistungen („Smart Services“) [im Rahmen der BMBF-Forschungsförderung]
64 erweitern, sowie Projekte und Maßnahmen im Bereich der Green IT stärken.
65 [Dazu ist es notwendig, Wissen aus der Spitzenforschung in konkrete Anwendungen
66 zu überführen. Mittels Kompetenzzentren, Modellregionen und Pilotprojekten soll der
67 Know-How-Transfer in Mittelstand und klassische Industrie initialisiert werden.]

68 Wir werden Beratungsangebote zur Digitalisierung von bestehenden
69 Wertschöpfungsketten in Industrie und Mittelstand im Hinblick u.a. auf Cloud-
70 Computing und Big Data ausbauen. Die Themen IT-Sicherheit und die Abwehr von
71 Wirtschaftsspionage sollen darüber hinaus eine besondere Rolle spielen.
72 Wir wollen über die bestehende Projektförderung (z.B. das Zentrale
73 Innovationsprogramm Mittelstand) hinaus die **steuerliche Forschungsförderung**
74 **für KMU einführen.** [mit Finanzvorbehalt konsentiert bei Wirtschaft, 400 Mio.]

75 [Unser Ziel ist es, die Zahl der Gründungen von derzeit 10.000 in den nächsten
76 Jahren kontinuierlich auf 15.000 pro Jahr zu steigern.] Dafür sollen Antragsverfahren
77 entbürokratisiert werden. Alle Förderinstrumente sind dahingehend zu überprüfen,
78 dass sie die gesamte Innovationskette inklusive der Verwertungsmöglichkeiten
79 berücksichtigen.

80 [Durch eine Vereinfachung der Prozesse (One-Stop-Agency) soll die Gründung eines
81 Unternehmens innerhalb von 72 Stunden möglich sein.

82 Um Gründungen aus der Beschäftigung auch für Arbeitnehmer zu ermöglichen,
83 werden wir analog dem Modell der Familienpflegezeit die Möglichkeit einer
84 **"Gründungszeit"** einführen. Wir wollen ein neues Instrument in Form eines bedingt
85 rückzahlbaren Gründungsdarlehens in Zusammenarbeit mit der KfW schaffen.

86 Umschichtung] Die Gewährung des Darlehens kann an die Nutzung von
87 Crowdfunding geknüpft werden. Die Darlehenshöhe soll auch den Lebensunterhalt
88 und die soziale Absicherung in der Gründungsphase abdecken. [Für Gründungen
89 aus der Arbeitslosigkeit soll das Instrument des **Existenzgründerzuschusses**
90 [bereits etatisiert] fortgeführt werden und mit auskömmlichen Mitteln der BA unterlegt

91 werden.] Darüber hinaus werden wir ein Bundesprogramm für den Aufbau von
92 Inkubatoren, die die besten Rahmenbedingungen für Startups bereitstellen, aufsetzen
93 und ein deutsches Inkubatoren-Netzwerk mit internationaler Vernetzung bilden. Wir
94 unterstützen die **Internationalisierung innovativer Startups** durch Markteintritts-
95 und Austauschprojekte nach dem Vorbild des Modellprojekt „German Silicon Valley
96 Accelerator“ (GSVA) in Wachstumsregionen weltweit.

97 Die Entwicklung standardisierter Stock-Options-Modelle als freiwilligen und
98 ergänzenden Teil der Entlohnung wollen wir attraktiver gestalten.

99 **Innovative Unternehmen brauchen kluge Köpfe. Deshalb müssen wir im eigenen**
100 **Land mit Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Zahl der IT-Fachkräfte**
101 **erhöhen.** Zusätzlich wollen wir auch gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
102 aus dem Ausland in Deutschland willkommen heißen - mit einem „Willkommens-
103 Check“ für Behörden und die Schaffung von Willkommensagenturen für den

103 Arbeitsmarkt. Die Kammern sind aufgefordert, faire Standardverträge 103 für Gründer zu
104 entwickeln.

105 Wir werden die Innovationskräfte der digitalen Wirtschaft stärken. Was mit dem
106 Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ auf den Weg gebracht wurde, wollen wir fortsetzen
107 und ausbauen.

108 [Die Bundesregierung wird Deutschland als Investitionsstandort für **Wagniskapital**
109 international attraktiv machen und dafür ein eigenständiges Regelwerk (**Venture-**
110 **Capital-Gesetz**) abhängig von den Finanzierungsmöglichkeiten erlassen, das u.a.
111 die Tätigkeit von Business Angels verbessert. Neue Finanzierungsformen wie
112 Crowdfunding sollen rechtssicher gestaltet werden. – auch AG Wirtschaft]

113 Außerdem wollen wir die Möglichkeiten, in **Startups** und junge
114 Wachstumsunternehmen investieren zu können, verbessern.

115 Die Förderung von **Wagniskapital** mit Hilfe von Investitionszuschüssen wird
116 verbessert, der High-Tech-Gründerfonds wird auskömmlich fortgesetzt. [bereits
117 etatisiert] Die Förder- und Finanzierungsinstrumente von Bund, Ländern und EU
118 sind auf ihre Kompatibilität hin zu evaluieren und ggf. anzupassen.

119 Um Börsengänge für junge, innovative und wachstumsstarke Unternehmen wieder
120 zu beleben, werden wir die Einführung eines neuen Börsensegments „Markt 2.0“
121 prüfen.

122 Die Bundesregierung wird neben dem **Zukunftsprojekt Industrie 4.0** in den
123 Bereichen intelligente Mobilität, Smart Grid, E-Health und Sicherheit Schwerpunkte
124 setzen [aus bestehendem Etat] und die deutsche Softwareindustrie stärken.

125 Um das zu erreichen, werden **Spitzencluster und Verbundprojekte** aus- und
126 aufgebaut. [im Rahmen der Forschungsförderung des BMBF] Dabei sind
127 ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit maßgebliche Faktoren.

128 Unser Ziel ist, bei **Schlüsseltechnologien und IT-Kernkompetenzen**(IT-Sicherheit,
129 Netzwerktechnik, Embedded Systems, Prozess- und Unternehmenssoftware,
130 Kryptographie, Machine-to-Machine-Kommunikation, etc.) eigene

131 Technologieplattformen und Produktionslinien in Deutschland bzw. im europäischen
132 Verbund zu halten. Als Gegenentwurf zu den geschlossenen digitalen Ökosystemen
133 unterstützt und fördert der Bund im Software-Bereich gerade auch die Entwicklung

134 von offenen Plattformen und **Open-Source-Lösungen** und setzt sich dafür auch auf
135 europäischer Ebene ein. Wir wollen im globalen Wettbewerb „**Softwaremade in**
136 **Germany**“ als Qualitätsversprechen bzgl. Sicherheit, Datenschutz, Design und

137 Nutzerfreundlichkeit stärken. Die Bundesregierung unterstützt Prozesse der
138 Standardisierung, Interoperabilität und Zertifizierung als wichtige Parameter für den
139 Markterfolg deutscher Produkte.

140 [Bei der **Anschaffung von IT-Technologie** durch die öffentliche Hand müssen im
141 Rahmen des Wirtschaftlichkeitsprinzips Innovationspotenziale und Nachhaltigkeit als
142 mitentscheidende Kriterien bedacht werden.] Bei Ausschreibungen sollen
143 Sicherheitsstandards vorgegeben werden und – wenn möglich – Open-Source-
144 Lösungen erwogen werden. Ebenso werden wir die Abschreibungsmöglichkeiten von
145 Software verbessern.

146 Wir wollen eine gesetzliche Klarstellung für den Zugang zum Netz eines
147 Telekommunikationsanbieters. Nutzer müssen die freie Auswahl an zugelassenen
148 Routern behalten, der **Routerzwang wird abgelehnt**.

149

150 **Der digitale Staat – fördern und Vorbild sein**

151 [Parlament, Regierung und Verwaltung werden die Möglichkeiten der Digitalisierung
152 intensiv nutzen und die interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
153 sowie der Wirtschaft auf barrierefreien Websites ausbauen.] Deutschland wird im
154 Rahmen der „Digitalen Agenda“ der EU-Kommission 154 einen „Digital Champion“
155 benennen. Wir wollen die Informationen über politische Entscheidungen quantitativ
156 und qualitativ verbessern [und die Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen]. Gerade im
157 Vorfeld von Entscheidungen ist früh, offen, umfassend und verständlich zu

158 informieren.

159 [Die digitale Berichterstattung über den Bundestag und seine Sitzungen sowie über
160 öffentliche Ausschusssitzungen und Anhörungen (z.B. in Streams) wollen wir
161 ausbauen. So bald wie möglich werden wir Bekanntmachungen wie beispielsweise
162 Drucksachen und Protokolle in Open Data tauglichen Formaten (maschinenlesbar
163 und mit API für die Suche) unter freien Lizenzbedingungen bereitstellen. In dieser
164 Legislatur startet das Projekt „**papierloser Bundestag**“.]

165 Den Sachverstand und die Meinung der Bevölkerung suchen wir auch über digitale
166 Beteiligungsplattformen. Viele Gesetze führen unbeabsichtigt zu teuren Änderungen
167 von IT-Programmen oder berücksichtigen die Möglichkeiten der Technik nur
168 unzureichend.

169 [Die Bundesregierung wird den Ausbau von E-Government zu einem Schwerpunkt
170 machen und mit dem Programm „**Digitale Verwaltung 2020**“ [7 Mio. sind etatisiert,
171 Aufstockung um 2 Mio. p. a. nötig] – ausgehend von den wichtigsten Leistungen für
172 Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen – die schrittweise gesamtstaatliche
173 Umsetzung des E-Government festlegen.]

174 [Der Bund wird den Ländern vorschlagen, die Programme des E-Governments unter
175 Verantwortung des **IT-Planungsrates** zu konsolidieren und koordinieren. – auch AG
176 Innen] Technologien sind nach Möglichkeit langfristig so zu planen, dass keine
177 Abhängigkeiten zu intransparenten Protokollen, Software, Hardware oder Herstellern
178 entstehen.

179 Voraussetzung für die Akzeptanz elektronischer Behördendienste sind **Datenschutz**
180 und **Sicherheit** der Angebote. Die Identifizierungsfunktion des neuen
181 Personalausweises, die sichere Kommunikation über DE-Mail und die Nutzung von
182 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sind deshalb anzuwenden.

183 Die öffentliche Verwaltung soll ihre Daten nur in vertrauenswürdigen Infrastrukturen
184 in Deutschland speichern. Eine bundesweite laufend aktualisierte Landkarte aller
185 öffentlich angebotenen Services schafft Transparenz, Koordinierung, Verbindlichkeit,
186 Priorisierung und Fokussierung. [Die Idee der einheitlichen Behördennummer 115
187 wollen wir ins Internet übertragen (**www.115.de**). Zumindest die 100 wichtigsten und
188 am häufigsten in Anspruch genommenen Verwaltungsleistungen sollen innerhalb der
189 nächsten vier Jahre über ein solches Portal bundesweit einheitlich online und sicher
190 erledigt werden können.]

191 Wir erleichtern den Kommunen die Realisierung, in dem wir in einer Toolbox die
192 besten Anwendungen zur elektronischen Umsetzung häufig genutzter
193 Verwaltungsleistungen anbieten und dadurch eine bessere Vereinheitlichung mit
194 niedrigeren Folgekosten erreichen.

195 [Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf Wunsch die Möglichkeit haben, einen
196 einheitlichen Stammdaten-Account zu verwenden.] Zur elektronischen Identifizierung
197 soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden. Das „**Bürgerkonto**“
198 kann zum digitalen Dokumentenpostfach erweitert werden.

199 Eine Systematisierung der bislang nebeneinanderstehenden Rechtsregelungen zum
200 Internet (Internetgesetzbuch) wird geprüft und in diesem Zusammenhang wird auch
201 das Leistungsschutzrecht hinsichtlich der Erreichung seiner Ziele evaluiert.

202

203 [Erste **Open-Data-Projekte** in Deutschland zeigen das Potential offener Daten. Die
204 Bundesverwaltung muss auf der Basis eines Gesetzes mit allen ihren Behörden
205 Vorreiter für die Bereitstellung offener Daten in 205 einheitlichen maschinenlesbaren
206 Formaten und unter freien Lizenzbedingungen sein. Wir wollen für Bund, Länder und
207 Kommunen ein **Open-Data-Portal bereitstellen** [bereits etatisiert, Aufstockung um
208 2,5 Mio. p. a. nötig]. Die Bundesregierung strebt einen Beitritt Deutschlands zur
209 internationalen Initiative Open Government Partnership an.]

210 Die Bundesregierung wird das **Informationsfreiheitsrecht überarbeiten** und hierbei
211 die Vorschläge der Evaluation des Informationsfreiheitsgesetzes aufgreifen.

212 Ohne leistungsfähige IT in der Bundesverwaltung wird Deutschland zurückfallen.

213

214 Die Ergebnisse von Politik sind oft von der Qualität der IT-Umsetzung abhängig. Für
215 das Management komplexer Projekte wollen wir Fortbildung zur Voraussetzung
216 machen und die Organisationsstrukturen in den Ministerien anpassen.

217 [Die IT der Bundesverwaltung werden wir bei einem gemeinsamen **IT-Dienstleister**
218 des Bundes zusammenführen. [80 Mio. für drei Jahre, Einsparung nach Umsetzung
219 von 400 Mio. p.a.] Wir werden die gemeinsamen IT-Dienstleistungen im Bereich der
220 IT-Systeme, Netze und Anwendungen behördenübergreifend organisieren.] Die
221 Koalition wird prüfen, für welche staatlichen Leistungen in welchen Lebenslagen die
222 Abwicklung gesetzlich vereinheitlicht und zusammengelegt werden sollte – z.B. zu
223 einer nur einmaligen Prüfung von Anspruchsberechtigungen.

224 Die Koalition wird die Einführung des **elektronischen Rechtsverkehrs** mit
225 Nachdruck unterstützen. Die Bundesregierung prüft, ob durch ein Prüfsiegel
226 „**Barrierefreie Website**“ für die Verwaltung und die Wirtschaft die Gleichstellung
227 behinderter Menschen unterstützt werden kann. [Die Koalition setzt sich mit
228 Nachdruck dafür ein, die Datenschutzgrundverordnung in Europa zügig zu
229 verabschieden und die verbliebenen Streitfragen zu lösen. Dies gilt besonders für die
230 Verantwortlichkeit für Daten in Clouds und bei privaten Accounts Sozialer Netzwerke
231 sowie für die Abgrenzung zu bestehenden Gesetzen für die öffentliche Hand. Die
232 Verhandlungen zum Datenschutz in der Wirtschaft genießen Vorrang und sollten
233 notfalls vorab zum Abschluss gebracht werden.

234 Die Koalition wird den technikgestützten Datenschutz ("**Privacy by Design**") und
235 den Datenschutz durch Voreinstellungen ("**Privacy by Default**") ausbauen. [„Wir
236 prüfen ein nationales und europäisches Routing des Internet-Datenverkehrs
237 (technisch-rechtliche Machbarkeit/Kosten)“]

238 Die Koalition tritt für eine europaweite Einführung einer Meldepflicht für Unternehmen
239 an die EU ein, die Daten ihrer Kundinnen und Kunden ohne deren Einwilligung an
240 Behörden in Drittstaaten übermitteln.

241 Die Bundesregierung drängt in der EU auf Nachverhandlungen der Safe-Harbor und
242 Swift-Abkommen. Die strengen Standards des Bundesverfassungsgerichts beim
243 bereichsspezifischen Datenschutz dürfen nicht zum Zwecke eines europaweiten
244 freien Informationsflusses zwischen Behörden geopfert werden.

245 Wir werden uns ergänzend auf internationaler Ebene für ein **Völkerrecht des Netzes**
246 **als UN-Charta** einsetzen. – auch AG Innen]

247 [Das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) [zusätzlich
248 70 Mio. p. a.] wird als nationale IT-Sicherheitsbehörde in seinen Aufgaben,
249 Kompetenzen und Ressourcen gestärkt. Besonders gefährdet sind die sog.
250 kritischen Infrastrukturen, ohne die unser Gemeinwesen nicht funktioniert (z.B.
251 Gesundheit, Verkehr, Energie). Die Bundesregierung wird deshalb gesetzliche
252 Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit einführen und eine Meldepflicht für
253 Betreiber dieser kritischen Infrastrukturen bei erheblichen IT-Sicherheitsvorfällen
254 schaffen.

255 Internetprovider sollen ihre Kunden informieren, wenn sie Hinweise auf
256 Schadprogramme oder ähnliches haben. Wir streben eine Zertifizierung für Cloud-
257 Infrastrukturen und andere sicherheitsrelevante Systeme und Dienste an.

258 Vertrauen kann nur durch Transparenz hergestellt werden. Dies betrifft auch die
259 **Standardisierung von IT-Sicherheit**. Notwendig sind eine **Stärkung der**
260 **Transparenz der Standardisierungsgremien** und eine stärkere deutsche
261 Beteiligung in diesen und anderen internationalen Gremien, besonders solchen der
262 Internet-Governance.

263 Wir wollen das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Recht auf Schutz und
264 Gewährleistung der Integrität und Vertraulichkeit der IT mit Leben füllen. Die Nutzung
265 von Methoden zur Anonymisierung, Pseudonymisierung und Datensparsamkeit
266 müssen zu verbindlichen Regelwerken werden. – auch AG Innen]

267 Die Weiterentwicklung und Verbreitung von Chipkartenlesegeräten, Kryptographie,

268 DE-Mail und anderen sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sowie
269 vertrauenswürdiger Software gilt es erheblich auszubauen. IT-Hersteller und -
270 Diensteanbieter sollen für Datenschutz- und IT-Sicherheitsmängel ihrer Produkte
271 haften.

272 Die Bundesregierung wird die **Förderung von Forschung und Entwicklung im**
273 **Bereich der IT-Sicherheit** und vertrauenswürdigen IKT-Infrastruktur deutlich
274 intensivieren. [26 Mio. bei BMBF etatisiert, Aufwuchs erforderlich] Der zu stärkende
275 CIO der Bundesregierung braucht ein Förderbudget für Forschungs- und
276 Entwicklungsprojekte zur IT-Sicherheit. [Umschichtung im Etat des BMI]
277 Bundesbehörden werden verpflichtet, zehn Prozent ihrer IT-Budgets für die
278 Sicherheit ihrer Systeme zu verwenden.

279 Deutschland braucht für sicherheitskritische Komponenten ebenso wie für die
280 Netzwerkinfrastruktur Labore („Innovationslabor Sicherheitselemente“) und
281 Testeinrichtungen („Testcenter Netzwerkinfrastrukturkomponenten“), [die wir mit
282 einem schlagkräftigen industrie- und forschungsgetriebenen Cyber-Sicherheits-
283 Zentrums einrichten und verknüpfen wollen. [aus dem Etat des BMBF]]
284

285 **Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ**

286 [Ein wichtiger Teil der Digitalstrategie der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD
287 ist die **Steigerung der Medienkompetenz junger Menschen**, um sie zu einem
288 sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet zu emanzipieren.
289 Die bestehenden Programme zur Förderung von Medienkompetenz an Kitas und
290 Schulen werden evaluiert und ausgebaut.

291 Das Leitbild der „**digitalen Selbständigkeit**“ muss in den Fokus der
292 Medienkompetenz rücken. Wir befürworten ein „Modellprojekt Freiwilliges Soziales
293 Jahr Digital“. – Länderkompetenz]

294 Die Initiative „**Ein Netz für Kinder**“ wird unterstützt und verbreitet. [bereits etatisiert]
295 Eine starke digitale Wirtschaft braucht **starke Fachkräfte**, deshalb wird die
296 Bundesregierung in einem kooperativen Miteinander von Bund und Ländern die
297 Bildung und Ausbildung in den Bereichen IT und Technologie praxisorientiert
298 stärken.

299 [**Jeder Schülerin und jedem Schüler soll ein mobiles Endgerät [500 Mio. p. a.] zur**
300 **Verfügung stehen. Mit privaten Partnern wird die Bundesregierung ein**
301 **Rahmenprogramm dafür initiieren und die notwendigen Mittel bereitstellen. Dabei ist**
302 **die Digitalisierung der Lehrinhalte ebenso Voraussetzung wie die technische**
303 **Unabhängigkeit von gewissen Produkten.]**

304 [**Die digitale Lehrmittelfreiheit muss gemeinsam mit den Ländern gestärkt werden.**
305 **Grundlage hierfür ist ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht und**
306 **eine umfassende Open-Access-Politik. Schulbücher und Lehrmaterial auch an**
307 **Hochschulen sollen wo möglich frei zugänglich sein, die Verwendung freier Lizenzen**
308 **und Formate ausgebaut werden. – Länderkompetenz]**

309 Der Aufbau, der Ausbau und die koordinierte nationale, europäische und
310 internationale Vernetzung von offenen (Forschungs-)Datenbanken, Repositorien und
311 Open-Access-Zeitschriften der Forschungseinrichtungen und der Hochschulen sind
312 im Rahmen eines eigenen Programms zu fördern. Eine qualitativ hochwertige und
313 rechtfreie OER-Datenbank wird anhand eines Modellprojekts geprüft.

314 Digitale Spiele prägen den Alltag vieler, insbesondere jüngerer Menschen in
315 unserem Land. Der **Deutsche Computerspielpreis** [ist etatisiert] wird zeitgemäß
316 weiterentwickelt. Die Stiftung Digitale Spielekultur soll durch die Marktteilnehmer
317 weiter ausgebaut werden, um in den Schwerpunkten Wirtschaft und Ausbildung,
318 Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur sowie Forschung und Wissenschaft neue
319 Impulse setzen zu können. Es gilt, für das digitale Spiel geeignete
320 Archivierungsmöglichkeiten zu prüfen.

321

322 [Wir wollen ein europaweites Gründungs- und Innovationsnetzwerk der Schulen und

323 Hochschulen aufbauen. – Länderkompetenz]

324 Die Bundesregierung unterstützt die Förderung von Wissenschaftskompetenz von
325 der Grundschule bis zur Hochschule (Programme und Wettbewerbe in den MINT326
Fächern, zeitgemäßer Informatikunterricht ab der Grundschule, Lehrerfortbildung zur
327 Medienkompetenz, Verfügbarkeit ausreichender Master-Studienplätze im Bereich
328 IT). Zielgerichtet sollen vor allem **Mädchen und junge Frauen** für diese Berufsfelder
329 begeistert werden. Der Aufbau eines Mentorinnennetzwerks in der digitalen
330 Wirtschaft ist eine geeignete Maßnahme. Der Anteil von Studentinnen zum Beispiel
331 bei Informatik und Elektrotechnik soll erhöht werden. Auch in den MINT-Fächern
332 legen wir den Fokus verstärkt auf die jungen Schülerinnen und Studentinnen.

333 [innerhalb der **bestehenden** Programme des BMBF]

334 [Nach dem Vorbild der Eliteschulen des Sports wird die Bundesregierung mit den
335 Ländern Gespräche aufnehmen, um die **Einführung von Profilschulen IT/Digital** mit
336 dem Schwerpunktprofil Informatik anzuregen. Dabei ist die **Kooperation mit**
337 **Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie ggf. privaten Partnern**
338 **obligatorisch.** – Länderkompetenz]

339 [Die Grundlagenforschung zu Internet und digitaler Gesellschaft wird durch gezielte
340 Initiativen zur Programmforschung und durch Bereitstellung entsprechender Mittel
341 gestärkt und verstetigt. Ein **Internet-Institut**, das gleichzeitig als Ausgangspunkt für
342 ein interdisziplinäres Kompetenznetz dient, soll sich disziplinübergreifend mit den
343 technischen und wirtschaftlichen, aber auch den politischen, rechtlichen und
344 ethischen Aspekten des Internets beschäftigen. [Umschichtung BMBF]]

345

346 [Ein Förderprogramm „**Innovation in IT-Forschung und Sicherheit**“ zur Stärkung
347 der nationalen F&E-Aktivitäten wird weiterentwickelt.] Bei der Ausschreibung werden
348 Open-Source-Ansätze priorisiert, die ihre Ergebnisse und die entwickelten Systeme
349 offen zur Verfügung stellen. Die Einführung einheitlicher Standards zur
350 Verfügbarmachung von Daten und Ergebnissen wird geprüft.

351 [Mit der Initiative „Gründungszeit in Deutschland“ werden Hochschulzentren,
352 Initiativen von Schulen und Hochschulen sowie Stiftungsprofessuren zum Thema
353 „Entrepreneurship“ gefördert. – Länderkompetenz]

354

355

356 **Digitales Leben und Arbeiten**

357 – **Chancen und Rechte stärken**

358 Die Digitalisierung bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von
359 Familie und Beruf. Wir fordern die Wirtschaft auf, diese zu fördern.

360 Die Bundesregierung appelliert an die Tarifpartner, **Telearbeitsmodelle zu fördern**
361 und entsprechend auszubauen, sowie tarifvertragliche Modelle zu finden, die die
362 **Rechte von Beschäftigten** auf selbst zu bestimmende Telearbeitsplätze stärken.

363 [Die Bundesregierung wird das Angebot an Telearbeitsplätzen im öffentlichen Dienst
364 weiter ausbauen.]

365 Öffentliche Verwaltung und Tarifpartner sind aufgefordert, die Rechte der
366 Beschäftigten für eine erweiterte **Arbeits-Autonomie** und **verbesserte Work-Life-**
367 **Balance** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken (z.B. Regelungen zur
368 Nichterreichbarkeit). Wir begrüßen darüber hinaus betriebsinterne Regelungen dazu.
369 Die Entwicklung neuer digitaler Qualifizierungs- und Weiterbildungswerkzeuge für
370 Unternehmen wie auch für den öffentlichen Dienst ist zielgruppenspezifisch zu
371 fördern und auszubauen.

372 Immer mehr Unternehmen nutzen Online-Plattformen, um neue Mitarbeiterinnen und
373 Mitarbeiter zu gewinnen (E-Recruiting). Hierbei müssen die Grenzen der
374 Privatsphäre eingehalten werden. Eine Umgehung von Privatsphäre-Einstellungen in
375 sozialen Netzwerken - oder ähnlichen Plattformen ist nicht zu akzeptieren.

376 Durch die Digitalisierung bieten sich vor allem für junge Mütter und Väter neue
377 Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel neue

378 und **flexiblere Arbeitszeitmodelle**.

379 **Telemedizin** soll verstärkt z.B. zur engen Betreuung von Risikopatientinnen und
380 -patienten oder chronisch Kranken eingesetzt werden – dabei ist ein Höchstmaß an
381 Datenschutz zu gewährleisten. Eine unkontrollierte Weitergabe von sensiblen
382 Patientendaten an Dritte muss verhindert werden.

383 Bürokratische und rechtliche Hemmnisse in der Telemedizin sollen abgebaut
384 werden. E-Care-Systeme in Smart-Home-Umgebungen bringen älteren,
385 pflegebedürftigen Menschen oder Menschen mit Behinderung technische
386 Unterstützung, die ihnen den Alltag erleichtert. Die Anwendung solcher Systeme
387 wollen wir unterstützen.

388 [Die **Elektronische Gesundheitskarte** (eGK) soll ausgebaut werden, um den
389 bürokratischen Aufwand für Patientinnen und Patienten zu verringern und die
390 Kommunikation zu verbessern.] Höchste Datenschutzstandards sowie eine sichere
391 Verschlüsselung der Daten sind dabei die Grundvoraussetzung.

392 Im Netz entstehen **neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements** über
393 soziale Netzwerke und Nachbarschaftsinitiativen. Die Bundesregierung wird diese
394 Entwicklung unterstützen und „Online Volunteering“-Projekte fördern, z.B. die
395 verbessernde Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern mit der Verwaltung
396 (Mängelmelder, Tausch- und Ehrenamtsbörsen). Wir wollen herausragende Projekte
397 auszeichnen und einen Austausch der besten Beispiele initiieren.

398 Wir fördern die Entwicklung und den Einsatz von **bundesweiten Warn- und**
399 **Informationssystemen**, mit denen Bürgerinnen und Bürger per SMS, E-Mail oder
400 über eine App über Unfälle, Gefahren und Katastrophen informiert werden können.
401 [Umschichtung aus dem Haushalt des BMI]

402

403 Die Bundesregierung führt Systeme ein (z.B. eine zentrale Nummer für SMS-Notrufe
404 oder eine Notruf-App) und ändert das TKG so, dass sich Menschen in einer
405 Notsituation bemerkbar machen und Hilfe anfordern können, ohne zurückgerufen
406 werden zu müssen.

Die Bundesregierung wird einen Teil der Investitionen 407 der Verkehrsinfrastruktur in
408 intelligente digitale Verkehrslenkung geben – mit dem Ziel, Staus in Deutschland bis
409 2020 um 10 Prozent zu reduzieren.

410

411 Für die Kommunikation im Internet spielen digitale Identitäten eine wichtige Rolle.
412 Wir möchten den **Ausbau und die Nutzung von Identitätstechnologien** fördern.
413 Wir sprechen uns **gegen einen allgemeinen Klarnamenzwang** in der Online-
414 Kommunikation aus. Wir wollen Präventions- und Beratungsangebote zu online
415 basiertem Suchtverhalten bundesweit ausbauen und wissenschaftlich begleiten.
416 Gegen beleidigende und verleumderische Äußerungen im Netz wollen wir ein
417 ausgewogenes Aufklärungs- und Schutzkonzept mit rechtlichen, technischen und
418 gesellschaftlichen Mitteln zum Persönlichkeitsschutz umsetzen. **Cybermobbing** und
419 **Cybergrooming** in sozialen Netzwerken müssen einfacher gemeldet und angezeigt
420 werden können. [Wir werden das StGB auf Strafbarkeitslücken überprüfen und ggf.
421 präzisieren. – auch AG Innen]